

Bezugsgebühr:

Mindestens für Bevölkerung bei täglich
gewöhnlicher Ausgabe wird unter
Post abrechnet und bezahlt, an
Gesamt- und Sonntagsausgabe sowie
zu 100 DM bei Durchschnittsver-
kaufsstelle zu 100 bis 200 DM.
Bei einmaliger Buchdruck wird die
Satz 100 DM, durch aufwendigeren Ver-
arbeitung 200 DM, ohne Verarbeitung 300 DM.
Rabatt nach oben ist nicht zu erlauben.
Rabatt nach unten ist nur bei
Gesamt- und Sonntagsausgabe, aus
deren Preisliste der Rabatt 10%
anzubringen. Nichtmehrige Bevor-
zugungen werden unterdrückt;
ausgenommene Sonntagsausgabe
wird aufgehoben.

Telegramm-Büro:
Dresdner Nachrichten

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Posner & Co., Prager Straße 32
parteien und 1. Etage,
Herrenschneidergeschäft L. Rauges. — Neueste Frühjahrsmode.

Anzeigen-Carif.

Mindestens von Aufzählungen
bis mindestens 2 Uhr. Sonn- und
Feiertage vor Marienstr. 32 von
11 bis 12 Uhr. Die 1. Wahlzeit Sonntags
ist von 9 bis 10 Uhr. Mindestens auf der Wertheite Seite
zu 100 DM; hier 2. Wahlzeit Seite auf
100 DM; 3. Wahlzeit Seite auf
100 DM. Am Samstag nach Sonn-
und Feiertagen 1. Wahlzeit Gründstück
zu 100 DM, am Sonntag 40 DM.
Sonn- und Feiertage Seite auf
Gründstück zu 100 DM. Ausnahmige Ent-
schriften nur gegen Beurteilung.
Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Bernsprecher: Nr. 11 und 2006.

Ganzgelehrte: Marienstr. 32.

Techn. Gummiwaren

für alle Arten Betriebe.

Dichtungen, Gasbauten, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Weitlingerstraße 26. Telefon 1, 2nd.

Würmer

bei Kindern und Erwachsenen
als Maden-, Spül- und Band-
würmer und andere Darm-
schmarotzer mit der Brut werden
absolut sicher vertrieben durch die berühmten Medizinalrat
Dr. Küchenmeisters Wurmpräparate.
Zur Darmentzündungskur im März für jedermann unerlässlich!
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

Hochzeits- und Fest-Geschenke

— aparte Neuheiten — Anfertigungen —

Schloss-Sir. Friedrich Pachtmann Schloss Str.

Tuchwaren.

Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl.
Qualitäten, streng solide Ware, außerordentlich billige Preise.

Nr. 86. Einzel: Tittoni als englischer Postchaster. Hofnachrichten, Tafelveren, Tafelveren, Landtag, Wettmahl, Witterung: Wild, bewohnt.

C. H. Hesse Nachf., Marienstr. 20,
3 Raben.

Donnerstag, 29. März 1906.

Tittoni als Postchaster in London.

Der habtete Holländische Minister des Auswärtigen Tittoni fügt durch die Annahme seiner Berufung auf den Londoner Postchasterposten ein neuen bemerkenswertes Glied in die Kette seiner Vorladungen und Erhebungen ein, die nachgängende in einer selbst für die größten politischen Optimisten überragenden Art auf die unausbalancierte politischstrebende „Allianz der Westmächte“ hinweisen. Diese Mächtiggruppierung, in der nach der Absicht ihrer Utreiber und Vertreter Frankreich, England und Italien in gemeinsamer Aktion als internationales „freiherrliches“ Gegengewicht gegen die „westlichen“ Mächte zusammenwollen sollen, wurde bekanntlich ursprünglich als originale Deutschen Erfindung angesehen. Später aber kam es durch die Indiskretionen des französischen Postchasters in London selbst heraus, daß König Edward VII. persönlich die eigenwillige Tiefe der mit dem französisch-englischen Einvernehmen begonnenen Absonderung einer solchen Entwicklung darstellte. Da überdies von London aus fortgezeigt angesetzte Versuche gemacht werden, die „westlichen“ Mächte“ Großbritannien auf die englische Seite hinüberzuziehen, und da man ferner in den seitdem englischen Kreisen Wert darauf legt, bei jeder Gelegenheit die engen freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich zu betonen, so bleibt, wie es nachgerade möglich klar geworden sein dürfte, im letzten Grunde nur noch Deutschland übrig, gegen das die „Allianz der Westmächte“ ihre Spitze richtet. Den Hauch dieses „westmächtlichen“ Geistes haben wir auf der Konferenz in Algier zu spüren bekommen, und auch die jüngste Petersburger Unfreundlichkeit gegen uns muß auf das Konto legend eines russischen Delegaten gelegt werden, den die zentralen Verteilungen seines französischen Postchasters nicht schlafen lassen. Die Angelegenheit gehört also für uns in hervorragendem Maße zu den Gegenständen der unmittelbaren praktischen Politik, und deshalb müssen wir sofortig jedweden Anlauf zur Weiterbildung des gekennzeichneten Vertrages im Auge behalten. Hierher aber gehört in erster Linie die Stellungnahme des zur Zeit noch im Dreibunde beständlichen italienischen Königreichs, auf die durch den Postchasterwechsel in London ein äußerst ergiebiges Licht fällt.

Herr Tittoni hatte vor kurzem bereits einmal seinen Weg nach London genommen. Da aber die Moskau-Konferenz in den letzten Wochen infolge der wachsenden Schwierigkeiten ihrer Verhandlungen die europäische Welt in atemloser Spannung hielt, konnte es geschehen, daß die damalige Auslandsstelle des ehemaligen italienischen Ministers des Auswärtigen fast völlig in den Hintergrund trat. Diese Risse, ungeähnlich zu derselben Zeit angetreten, als König Edward zu vorübergehendem Aufenthalt in Paris eintraf und als in Algier die Beratung sich der Balkan- und der Polizeifrage zuwandte, hat Herr Tittoni nach London geführt und sein Aufenthalt in der Hauptstadt des britischen Weltreiches fiel annähernd zusammen mit den in ihrer verschlungenen und verstaubulierten Form doppelt auffälligen Erklärungen, die Moroia Visconti-Venosta vor den Delegierten der Signatarmärsche von 1890 und Ministerpräsident Sonnino in der Sommer abgaben. Zum ersten Male wurde es in Deutschland auch weiteren Kreisen offenbart, daß die deutsch-italienischen Beziehungen unter dem Einfluß der englischen Mittelmeeropolitik einen anderen Charakter angenommen hatten, einen Charakter, der die romanische Seite seines Heims immer mehr herworschiebt. In derselben Weise hat sich Herr Tittoni gewandelt, vielleicht nur äußerlich gewandelt. Derselbe Mann, der lange Zeit für einen lokalen Freund Deutschlands gehalten wurde und nach seinem offiziellen Auftreten gehalten werden konnte, hat es gleichwohl mit seinem politischen Gewissen vereinbar gefunden, auch nach anderer Seite Beziehungen und Sicherungen zu suchen. Doch nicht die Freundschaft für Deutschland, sondern der Glaube an eine lebhafte, kontinentale und koloniale Politik Italiens unter englischem Rückendeckung den Stern seines Wesens ausmacht, wird durch seine Berufung auf den italienischen Postchasterposten in London offenbar. Wie sich französische Blätter aus Rom melden lassen, ist Tittoni jetzt mit der Absicht obereinstimmt, keinen Weg über Paris zu nehmen und während eines dreitägigen Aufenthalts dort eine Unterredung mit dem neuen französischen Minister des Auswärtigen, Herrn Bourassa, zu führen. Derselbe Herr Tittoni, der wiederholt Zusammensetzung mit dem deutschen Reichskanzler gehabt hat, meidet jetzt deutschen Boden und bringt gleich beim Antritt seines neuen Postens der Öffentlichkeit zum Bewußtsein, daß der Weg von Rom nach London über den Quai d'Orsay führt, wo der Zwischenräger und Mittelsmann beider Kabinette residiert.

In diesem Zusammenhange ist es gewiß nicht zufällig, daß italienische Blätter gerade jetzt an die Voraussicht der Erneuerung des Dreibundes erinnern. Danach soll, als der Bündnisvertrag sich seinem Ende näherte, Staaten der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung von der inzwischen erfolgten Annäherung an Frankreich und Großbritannien Nachricht gegeben und die Fortdauer der Beziehungen zu den Dreibundstaaten aus der Bedingung abhängig gemacht haben, daß

das in Mittelmeerkriegen zu stände gekommene Einvernehmen zwischen Italien einerseits und den beiden westlichen Vormächten andererseits schwerer Störung oder Beeinträchtigung erfahren, vielmehr als zu Recht befürchtend und als ein dauernder Faktor der auswärtigen Politik Italiens anerkannt werde. Bei seinem Besuch am Berliner Hofe soll denn auch König Viktor Emanuel eine diesbezügliche Aussicherung aus dem Munde unseres Kaisers empfangen haben, und zwar in der Form, daß das französisch-italienische Einvernehmen die notwendige Ergänzung des Dreibundes sei.

Ist diese Darstellung richtig, so erscheint der Schluß berechtigt, daß eine Erneuerung des Dreibundes nur möglich war, indem Deutschland und Österreich-Ungarn sich den Sonderwünschen Italiens geneigt zeigten. Seitdem hat Italien das Schwergewicht seiner auswärtigen Beziehungen augenscheinlich nach der Seite der Westmächte hin verschoben, und unzweifelhaft wird die Tätigkeit Tittonis in London dazu beitragen, die dem Dreibund mindestens nicht freundliche Entente zu vervollständigen. Der neue Kurs der italienischen Politik ist nicht mehr aufzuhalten; es kann sich für Deutschland nur noch darum handeln, ihn als eine vollendete Tatsache in Rechnung zu stellen.

Neueste Drahtmeldungen vom 28. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Frisch-Tel.) Abg. Zusangels hat an den Reichstag ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er wegen gegen ihn und zwar auch in Zentrum-Zeitung, erhobene grundlosen Vorwürfungen beim Staatsamt in Essien ein Untersuchungsverfahren gegen sich beantragt habe, zu dessen Einstellung er die Verschärfung des Wahltags erwarte. Das Schreiben geht an die Reichsgerichts-Rammission. — Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Die Kommission beantragt, die Wahl des Abg. Zimmermann im Wahlkreis Siegburg für gültig zu erklären. — Abg. Gerner (Soz.) führt aus, die Wahl sei unter allen Umständen auf ungünstige Weise zu richten. Wegen die klare Verhinderung des Reglements keine Wähler, obwohl es auf der Liste standen, wegen Verzugs von dem Wahlvorsteher zurückgewiesen worden. Allerdings sei der Antrag der Rammission formal berechtigt, denn es ist nach abgelaufener Einspruchssicht bei bekannt geworden, daß die Zahl der ungünstig zurückgewiesenen Wähler eine so große war. — Abg. Brüderl (Antl.) erwidert, daß auch nach Verhinderung dieser Ungleichheiten noch eine Rechtfertigung für Zimmermann hier gebe. — Abg. Singer (Soz.) benennt dies. Auf jeden Fall liegen hier so viele Ungleichheiten vor, daß es unmöglich eine so zu stände gekommene Wahl für gültig erklären können. Er beantragt daher Ungültigkeitsklärung. — Abg. Wellstein (Frisch), Vorsitzender der Wahlprüfungs-Kommission, gibt zu, daß materiell die Wahl zu Unrecht zu stände gekommen sei. Sowohl: nun also! Die Wahlprüfungs-Kommission sei trotzdem mit Recht zu ihrem Antrage gekommen, denn sie hat keine Unterredungs-Kommission und habe nicht allen Ungleichheiten nachzufragen, sondern nur rechtzeitig eingelassene Einsprüche zu rütteln. Und darum ergab sich im Zimmermann eine erhebliche Majorität. Nun also! es erheblich? Nun, jedenfalls eine Majorität. Es blieb dabei, daß das Haus dem Antrage der Kommission beitrete. — Abg. Brüderl (Antl.) stellt nochmals für Gültigkeit ein. — Abg. Lucas (nat.-lib.), ebenfalls für Gültigkeit der Wahl, vertritt den Standpunkt, daß wählen dürfe, nur wer am Wahlort wohne und in die Liste eingetragen sei. Warum? — Hierüber, daß der Wahlkommissar, wie Singer behauptet, eine Verhinderung an die Wahlwähler erlassen habe, das sie alle nicht mehr am Ort wohnen Wähler zu rütteln hätten. Der Wahlkommissar habe lediglich auf eine Anfrage des Sozialdemokratischen Wahlkomitees eine dörfliche Antwort in jenem Sinne gegeben. — Abg. Hiller (Berlin) führt an, daß nach ausdrücklich von einer früheren Wahlprüfungs-Kommission festgelegtem Grundlage die Entzettelung in die Wahlstelle unter allen Umständen maßgebend sei. — Abg. Herren (heute: Börsig) stellt fest, daß in diesem Falle die Wahlwähler bei den betreffenden Namen in der Liste vermerkt hätten: „Verzogen“. Das sei läden an und für sich ungünstig. Die Wahlwähler sei eine List, an der nach ihrer Abreise die Wahlwähler Aenderungen nicht vorzunehmen berechtigt seien. — Abg. Wellstein (Frisch) bleibt dabei, die Entzettelung in die Wahlstelle sei nicht unbedingt entscheidend, sondern sei aus dem Wahlgemete verzieht, welche dadurch dort kein Wahlrecht. — Abg. Bottthoff (Frisch, Ver.) konstatiert u. a. noch, daß die nach Angabe des Abg. Lucas „bördliche“ Antwort des Wahlkommissars in dem Amtsblatt veröffentlicht worden sei, also gleichsam als Anleitung für die Wahlwähler. Um so mehr müsse die Wahl für ungültig erklärt werden. — Abg. Glöder (Frisch) gibt zu bedenken, wodurch es kommen würde, wenn die Wahlprüfungs-Kommission von ihren bisher geübten Entscheidungen abweichen würde. Adreßtektis meint er, daß zunächst einmal von der Wahlprüfungs-Kommission in aller Ruhe die Rechtsfrage geklärt werden sollte. Bis das getrieben, sollte man die Entscheidung über die Wahl Zimmermann vertragen. Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.) beantragt demgegenüber Zurückweisung der Sache an die Kommission. Die Wahl wird befohlen, ebenso die des Abg. Schareck Wahlkreis Merseburg unter Ablehnung eines Antrags Wiederauf Gültigkeits-Erlösung. — Es folgt die Wahlprüfung Bäßlermann v. Sonnenberg (Wahlkreis Frankfurt a. M.). Die Kommission beantragt Gültigkeit. — Abg. Hiller (Berlin) beantragt Ungültigkeit, weil ein paar Tage vor der Wahl der Reichskanzler im Herrenhaus die Konserventiven bzw. der Hand der Landwirte aufgetreten sind, zur Vermeidung der Wahl eines Sozialdemokraten mit den anderen bürgerlichen Par-

teien bei der Wahl zusammenzugehen. — Abg. Wellstein (Frisch) tritt für den Antrag der Kommission ein. Der Reichskanzler habe im Parlamente von allgemein politischen Gesichtspunkten aus geschritten, aber nicht im Rahmen einer Abstimmung. — Abg. Bottthoff (Frisch, Ver.) Dem Reichskanzler steht allerdings das Recht zu, sich im Parlamente allgemein über politische Fragen zu äußern. Aber ebensowenig wie ein Außenminister in einer sovielwährenden Frage einpreisen darf, ebenso wenig dürfen ein Ministerpräsident in einer schwierigen Wahl direkt amtiell eingreifen, wie dies durch Wahl eines Gesetzes vor der Wahl in Frankfurt unter deutlicher Kenntnis dieses Gesetzes getan habe. Deshalb müsse die Wahl Böhrmanns bestätigt werden. — Abg. Lukas (Frisch) betont dagegen, es sei im Herrenhaus von der bevorstehenden Wahl gebrochen worden, und da habe der Reichskanzler allerdings ganz allgemein ein Zusammensetzen der bürgerlichen Parteien gewünscht, aber das sei ja gar nichts Neues. Zu welchen Konsequenzen würde es führen, wenn dem Reichskanzler verboten sei, sich zu äußern? — Abg. Lukas (Frisch) spricht sich im gleichen Sinne aus. Es müssten ja einfach alle Wahlen für ungültig erklärt werden, wenn dem Reichskanzler untersagt sei, sich zu äußern, wie es aus jener ganzen Sichtung sich von selbst ergibt. — Abg. Hiller (Berlin) (Soz.): Wer sagt denn, daß dem Reichskanzler verboten sei, sich zu äußern? Aber in diesem Falle habe der Reichskanzler direkt dem Bunde der Landwirte empfohlen, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. — Der Antrag der Kommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freiheitlichen Vereinigung angenommen, die Wahl Böhrmanns ist also für gültig erklärt. — Dann wird die Verordnung des Marine-Etos fortgesetzt. — Abg. Müller (Reinigen) (Frisch, Ver.) verlangt, damit der gute Ruf der Marine erhalten bleibt, vom Staatssekretär, ob eine Verhinderung vor schlechter Behandlung von Mannschaften ergehen zu lassen. Meiner exemplifizierte auf die Behandlung eines Einjährigen Kochs. — Kapitän z. S. v. Heeringen erwidert, Koch soll durchaus entgegenkommen behandelt werden. Vom 27. Mai bis 5. Juli sei er eines Ankleides wegen in seiner Wohnung behandelt worden, von da ab bis zum September war er dienstfähig, im Oktober wurde er wieder krank, aber infolge eines Unfalls. Kurz vor der Entlassung mußte er wegen angeblicher Verwerfungsfähigkeit eine Arreststrafe erledigen. Es ist bis aus Reichsmilitärgericht angenommen, dieses hat aber keinen Anlaß gefunden, das Verfahren wieder aufzunehmen. Die Marineverwaltung verurteilt jede Misshandlung aufs schärfste; in dieser Beziehung laufen die Interessen der Marine mit denen des deutschen Volkes zusammen. — Abg. Giesberts (Frisch) erörtert die Arbeiterverhältnisse in der Panzerplattenfabrikation bei den Armeenischen Werken. Die Marineverwaltung soll sich nur mit den Armeenischen Werken in Verbindung setzen, sie gut einführen der Rechtsstundenzeit, zur Einführung von Arbeiterverschärfungen u. a. aufzufordern. — Der Titel Staatssekretär wird genehmigt. — Dann wird die nominelle Abstimmung über den Antrag Abglas betreffend Deckung der Flottenverantwortunglost durch eine Reichsabstimmung entschieden. Vom 27. Mai bis 5. Juli sei er eines Ankleides wegen in seiner Wohnung behandelt worden, von da ab bis zum September war er dienstfähig, im Oktober wurde er wieder krank, aber infolge eines Unfalls. Kurz vor der Entlassung mußte er wegen angeblicher Verwerfungsfähigkeit eine Arreststrafe erledigen. Es ist bis aus Reichsmilitärgericht angenommen, dieses hat aber keinen Anlaß gefunden, das Verfahren wieder aufzunehmen. Die Marineverwaltung gegen den neuzeitlichen Arbeitstag? Auch über die Vornahme verurteilt jede Misshandlung aufs schärfste; in dieser Beziehung laufen die Interessen der Marine mit denen des deutschen Volkes zusammen. — Abg. Giesberts (Frisch) erörtert die Arbeiterverhältnisse in der Panzerplattenfabrikation bei den Armeenischen Werken. Die Marineverwaltung soll sich nur mit den Armeenischen Werken in Verbindung setzen, sie gut einführen der Rechtsstundenzeit, zur Einführung von Arbeiterverschärfungen u. a. aufzufordern. — Der Titel Staatssekretär wird genehmigt. — Dann wird die nominelle Abstimmung über den Antrag Abglas betreffend Deckung der Flottenverantwortunglost durch eine Reichsabstimmung entschieden. Vom 27. Mai bis 5. Juli sei er eines Ankleides wegen in seiner Wohnung behandelt worden, von da ab bis zum September war er dienstfähig, im Oktober wurde er wieder krank, aber infolge eines Unfalls. Kurz vor der Entlassung mußte er wegen angeblicher Verwerfungsfähigkeit eine Arreststrafe erledigen. Es ist bis aus Reichsmilitärgericht angenommen, dieses hat aber keinen Anlaß gefunden, das Verfahren wieder aufzunehmen. Die Marineverwaltung gegen den neuzeitlichen Arbeitstag? Auch über die Vornahme verurteilt jede Misshandlung aufs schärfste; in dieser Beziehung laufen die Interessen der Marine mit denen des deutschen Volkes zusammen. — Abg. Giesberts (Frisch) erörtert die Arbeiterverhältnisse in der Panzerplattenfabrikation bei den Armeenischen Werken. Die Marineverwaltung soll sich nur mit den Armeenischen Werken in Verbindung setzen, sie gut einführen der Rechtsstundenzeit, zur Einführung von Arbeiterverschärfungen u. a. aufzufordern. — Der Titel Staatssekretär wird genehmigt. — Dann wird die nominelle Abstimmung über den Antrag Abglas betreffend Deckung der Flottenverantwortunglost durch eine Reichsabstimmung entschieden. Vom 27. Mai bis 5. Juli sei er eines Ankleides wegen in seiner Wohnung behandelt worden, von da ab bis zum September war er dienstfähig, im Oktober wurde er wieder krank, aber infolge eines Unfalls. Kurz vor der Entlassung mußte er wegen angeblicher Verwerfungsfähigkeit eine Arreststrafe erledigen. Es ist bis aus Reichsmilitärgericht angenommen, dieses hat aber keinen Anlaß gefunden, das Verfahren wieder aufzunehmen. Die Marineverwaltung gegen den neuzeitlichen Arbeitstag? Auch über die Vornahme verurteilt jede Misshandlung aufs schärfste; in dieser Beziehung laufen die Interessen der Marine mit denen des deutschen Volkes zusammen. — Abg. Giesberts (Frisch) erörtert die Arbeiterverhältnisse in der Panzerplattenfabrikation bei den Armeenischen Werken. Die Marineverwaltung soll sich nur mit den Armeenischen Werken in Verbindung setzen, sie gut einführen der Rechtsstundenzeit, zur Einführung von Arbeiterverschärfungen u. a. aufzufordern. — Der Titel Staatssekretär wird genehmigt. — Dann wird die nominelle Abstimmung über den Antrag Abglas betreffend Deckung der Flottenverantwortunglost durch eine Reichsabstimmung entschieden. Vom 27. Mai bis 5. Juli sei er eines Ankleides wegen in seiner Wohnung behandelt worden, von da ab bis zum September war er dienstfähig, im Oktober wurde er wieder krank, aber infolge eines Unfalls. Kurz vor der Entlassung mußte er wegen angeblicher Verwerfungsfähigkeit eine Arreststrafe erledigen. Es ist bis aus Reichsmilitärgericht angenommen, dieses hat aber keinen Anlaß gefunden, das Verfahren wieder aufzunehmen. Die Marineverwaltung gegen den neuzeitlichen Arbeitstag? Auch über die Vornahme verurteilt jede Misshandlung aufs schärfste; in dieser Beziehung laufen die Interessen der Marine mit denen des deutschen Volkes zusammen. — Abg. Giesberts (Frisch) erörtert die Arbeiterverhältnisse in der Panzerplattenfabrikation bei den Armeenischen Werken. Die Marineverwaltung soll sich nur mit den Armeenischen Werken in Verbindung setzen, sie gut einführen der Rechtsstundenzeit, zur Einführung von Arbeiterverschärfungen u. a. aufzufordern. — Der Titel Staatssekretär wird genehmigt. — Dann wird die nominelle Abstimmung über den Antrag Abglas betreffend Deckung der Flottenverantwortunglost durch eine Reichsabstimmung entschieden. Vom 27. Mai bis 5. Juli sei er eines Ankleides wegen in seiner Wohnung behandelt worden, von da ab bis zum September war er dienstfähig, im Oktober wurde er wieder krank, aber infolge eines Unfalls. Kurz vor der Entlassung mußte er wegen angeblicher Verwerfungsfähigkeit eine Arreststrafe erledigen. Es ist bis aus Reichsmilitärgericht angenommen, dieses hat aber keinen Anlaß gefunden, das Verfahren wieder aufzunehmen. Die Marineverwaltung gegen den neuzeitlichen Arbeitstag? Auch über die Vornahme verurteilt jede Misshandlung aufs schärfste; in dieser Beziehung laufen die Interessen der Marine mit denen des deutschen Volkes zusammen. — Abg. Giesberts (Frisch) erörtert die Arbeiterverhältnisse in der Panzerplattenfabrikation bei den Armeenischen Werken. Die Marineverwaltung soll sich nur mit den Armeenischen Werken in Verbindung setzen, sie gut einführen der Rechtsstundenzeit, zur Einführung von Arbeiterverschärfungen u. a. aufzufordern. — Der Titel Staatssekretär wird genehmigt. — Dann wird die nominelle Abstimmung über den Antrag Abglas betreffend Deckung der Flottenverantwortunglost durch eine Reichsabstimmung entschieden. Vom 27. Mai bis 5. Juli sei er eines Ankleides wegen in seiner Wohnung behandelt worden, von da ab bis zum September war er dienstfähig, im Oktober wurde er wieder krank, aber infolge eines Unfalls. Kurz vor der Entlassung mußte er wegen angeblicher Verwerfungsfähigkeit eine Arreststrafe erledigen. Es ist bis aus Reichsmilitärgericht angenommen, dieses hat aber keinen Anlaß gefunden, das Verfahren wieder aufzunehmen. Die Marineverwaltung gegen den neuzeitlichen Arbeitstag? Auch über die Vornahme verurteilt jede Misshandlung aufs schärfste; in dieser Beziehung laufen die Interessen der Marine mit denen des deutschen Volkes zusammen. — Abg. Giesberts (Frisch) erörtert die Arbeiterverhältnisse in der Panzerpl